



Vorlage Nr. 25-O-03-0034

## T a g e s o r d n u n g s p u n k t 5

### der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Rheingauviertel/Hollerborn am 3. Dezember 2025

#### Weiterentwicklung des Europaplatzes nach Auszug der VHS Wiesbaden (Grüne/SPD)

#### Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Magistrat wird gebeten,  
 -auf der nächsten Sitzung des Ortsbeirates, gemeinsam mit der Geschäftsführung  
 der SEG, den Sachstand zur Nachnutzung der derzeit noch von der VHS Wiesbaden  
 angemieteten Gebäude am Europaplatz und die Pläne zur Entwicklung des Areals  
 insgesamt vorzustellen,  
 -bei den weiteren Planungen prioritär Wohnnutzung und Gewerbe in den Gebäuden  
 und eine Teilentsiegelung und Begrünung des Europaplatzes mit gastronomischer  
 Nutzung vorzusehen.

#### Begründung:

Durch den im Sommer 2026 beginnenden Auszug der VHS Wiesbaden und weiterer  
 städtischer Dienststellen entsteht ein Leerstand, der für den Stadtteil und  
 insbesondere für das Europaviertel nachteilige Folgen haben kann. Auch die dortige  
 Gastronomie schließt zum Ende des Jahres 2025. Der Magistrat hat dem Ortsbeirat  
 mit Schreiben vom 23. Oktober 2025 mitgeteilt, dass ab Anfang 2026 der Platz als  
 Parkraum bewirtschaftet werden soll.

Für den Ortsbeirat stellt sich die Frage, wie es nach dem Leerziehen der im  
 Eigentum der SEG stehenden Gebäude weitergehen wird und wie die mittelfristigen  
 Planungen für das Areal des Europaplatzes aussehen.

Vor dem Hintergrund hoher Nachfrage an bezahlbaren Wohnungen - gerade in  
 Wiesbadens Innenstadt - sollte hier die Chance genutzt werden, möglichst rasch  
 neuen Wohnraum zu schaffen und in Ergänzung den Europaplatz für die Anwohnerinnen und  
 Anwohner als Quartiersplatz mit Aufenthaltsqualität neu zu gestalten.

In der Rückmeldung auf die vom Ortsbeirat für den Haushalt 2025 beantragten  
 Planungsmittel für den Europaplatz hatte seinerzeit das Fachamt darauf hingewiesen, dass  
 „eine Reduzierung der Stellplätze nur aufgrund einer geänderten Stellplatzsatzung erfolgen  
 kann, für die Abweichung von der im Bebauungsplan festgesetzten Tiefgarage müsste ggf.  
 der Bebauungsplan geändert werden.“

Mit der nun vorliegenden Vorlage des Magistrats für eine neue Stellplatzsatzung wird  
 nach Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung eine Voraussetzung für die  
 vom Ortsbeirat gewünschte Nutzungsänderung des Europlatzes erfüllt. Auch hat der  
 Ortsbeirat Rheingauviertel/Hollerborn bereits mit Beschluss Nr. 0006 am 18.01.2024  
 den Magistrat gebeten, die für eine Nutzungsänderung des Europaplatzes

notwendige Änderung des Bebauungsplans im vereinfachten Verfahren (§13a BauGB) einzuleiten.

## Protokollnotiz Nr. 0113

Der Antrag gilt als eingebracht und wird auf die kommende Sitzung am 22.01.2026 vertagt.

+ +

## Verteiler:

100200 z. w. V.  
(WV: 22.01.2026)

Rhiemeier  
Ortsvorsteherin